

Über 23 Tote bei Zugsunglück in Los Angeles

Beim Frontalzusammenstoss zweier Züge in der Nähe von Los Angeles sind am Freitag mindestens 18 Personen ums Leben gekommen. Wie ein Sprecher des gerichtsmedizinischen Amtes sagte, sind im Laufe des Samstags im unteren Teil eines zerstörten doppelstöckigen Wagens weitere Leichen entdeckt worden, die



Die Unfallstelle bei Los Angeles. (EPA)

man aber noch nicht habe bergen können. 135 Personen wurden beim Unglück verletzt, 81 von ihnen wurden noch im Spital behandelt.

Ein mit rund 220 Personen besetzter Pendlerzug war am Freitagabend (Ortszeit) im Berufsverkehr auf einer eingleisigen Strecke frontal mit einem Güterzug zusammengestossen. Das Unglück ereignete sich im Nordwesten von Los Angeles. Warum die beiden Züge in entgegengesetzter Richtung auf demselben Gleis fuhren, war vorerst unklar. Die Wagen des Metrolink-Pendlerzugs stürzten um, die Lokomotive wurde in diese Wagen hineingeschoben. Die Lokomotive des Union-Pacific-Güterzugs fiel ebenfalls auf die Seite. Die Waggons sprangen aus den Schienen und wurden wie ein Akkordeon zusammengeschoben. (ap)

Merkel lehnt offenbar zweite grosse Koalition ab

Bundeskanzlerin Angela Merkel und FDP-Chef Guido Westerwelle haben laut Voranmeldung des Magazins «Der Spiegel» vertrauliche Absprachen für die Zeit nach der Bundestagswahl 2009 getroffen. Falls Union und Liberale keine Mehrheit für eine schwarz-gelbe Koalition bekämen, wollten beide auf ein sogenanntes Jamaica-Bündnis mit den Grünen als dritter Partnerin hinarbeiten. Sprecher beider Parteien wiesen den Bericht als «frei erfunden» zurück. Laut «Spiegel» soll Merkel dem FDP-Chef zugesagt haben, keine grosse Koalition mit der SPD mehr einzugehen, falls es wie 2005 nicht für eine schwarz-gelbe Koalition reichen sollte. Nach den Umfragen ist eine schwarz-gelbe Mehrheit bei der Bundestagswahl unsicher. Als noch unwahrscheinlicher gilt eine rot-grüne Koalition. (Reuters)



Merkel am Samstag am Wurst-Markt von Bad Dürkheim in der Pfalz. (EPA)

Der Dalai Lama kommt nicht in die Schweiz

Der Dalai Lama hat seinen 22. Besuch in der Schweiz abgesagt. Die Ärzte hätten dem geistlichen Oberhaupt der Tibeter geraten, seine Reisetätigkeit einzuschränken und sämtliche Reisen im Oktober abzusagen. Dies teilte am Samstag das Büro des Dalai Lama im nordindischen Dharamsala mit. Zwar befindet er sich in guter körperlicher Verfassung, doch er brauche Zeit, um sich zu erholen. Der 73-jährige Friedensnobelpreisträger, der in Indien im Exil lebt, musste erst vor zwei Wochen wegen Erschöpfung ein Spital in Mumbai aufsuchen, wurde aber kurz darauf wieder entlassen. Er wollte zwischen dem 9. und dem 13. Oktober Bülach im Kanton Zürich, Basel und Bern besuchen. (vmt.)



Trümmer auf der Autobahn: Die Spuren, die Hurrikan «Ike» am Samstag in der Nähe von Galveston hinterlassen hat. (Carlos Barria/Reuters)

Kuba: Die Krise nach dem Sturm

Das Ausmass der Schäden des Hurrikans «Ike» in Kuba wird immer deutlicher. Dem Land droht eine ernste Krise.

Matthias Knecht, Mexiko-Stadt

Kuba ist schwerer als in den Vorjahren von Hurrikanen getroffen worden. «Man kann von einem nationalen Desaster sprechen. Es wird sehr, sehr schwierig werden», sagte Richard Haep von der Deutschen Welthungerhilfe in Havanna.

Im ganzen Land sind Häuser, Produktionsanlagen, Strassen und Stromleitungen zerstört. Der Hurrikan «Ike» durchquerte Anfang vergangener Woche das Land der Länge nach. Eine Woche zuvor hatte der Hurrikan «Gustav» den Westen Kubas verwüstet.

Die Uno und ausländische Organisationen auf Kuba gehen von einem Gesamtschaden zwischen 3 und 10 Milliarden US-Dollar aus. Letzteres entspricht einem Fünftel von Kubas jährlicher Wirtschaftsleistung.

Kuba räumte indirekt ein, auf Hilfe angewiesen zu sein. Es sei «unmöglich, dem Ausmass der Katastrophe mit den verfügbaren Ressourcen zu begegnen», schrieb die Parteizeitung «Granma». Ein europäischer Diplomat in Havanna sagte: «Kubas Regierung kann die Lage nicht aus eigener Kraft bewältigen. Sie braucht Hilfe aus dem Ausland.»

Laut den Angaben in den Staatsmedien zerstörten die zwei Hurrikane 91 000 Häuser und Wohnungen ganz und beschädigten zusätzlich mehr als 400 000 Wohneinheiten. 700 000 Tonnen Lebensmittelvorräte gingen verloren sowie fast die gesamte einheimische Ernte an Nahrungsmitteln. Einbussen sind auch bei Kubas Exportprodukten Zucker und Tabak zu erwarten. Das verschärft Kubas Versorgungsproblem. Das Land musste bereits bisher 85 Prozent seiner Grundnahrungsmittel importieren.

Derweil trafen in Kuba erste Hilfslieferungen aus Russland, China, Brasilien und andern Ländern ein. Ein Hilfsangebot der USA über 100 000 US-Dollar lehnte Kuba jedoch als «lächerlich» ab und forderte von den USA das Ende des Handelsembargos.



Zerstörungen in Havanna. (Reuters)

Hurrikan «Ike» sucht Texas heim

Wellen und Wind richten grosse Schäden an – Millionen von Haushalten ohne Strom

In den Morgenstunden des Samstags hat Hurrikan «Ike» die texanische Küste erreicht. Die Schäden werden auf bis zu 100 Milliarden Dollar geschätzt.

Gerd Brüggemann, Washington

Die amerikanische Golfküste ist innert zweier Wochen zum zweiten Mal Opfer eines Wirbelsturms geworden. Nachdem Hurrikan «Gustav» in den ersten Septembertagen im Gliedstaat Louisiana in der Nähe von New Orleans an Land gegangen war, erreichte Hurrikan «Ike» nach einem zerstörerischen Zug durch die Karibik in den frühen Morgenstunden des Samstags bei der texanischen Hafenstadt Galveston den Kontinent. Aber mit einem Durchmesser von mehr als tausend Kilometern reichten seine Auswirkungen von Louisiana im Osten bis zur mexikanischen Grenze im Westen.

Der Hurrikan «Ike», der von den Meteorologen als Sturm der Kategorie 2 mit Windstärken von bis zu 180 Kilometern pro Stunde bezeichnet wurde, brachte grosse Regenmengen

und eine Flutwelle von zwei bis vier Metern mit sich. Wie ein Sprecher des texanischen Gouverneurs Rick Perry am Samstag sagte, befindet sich die tief liegende Stadt Galveston weitgehend unter Wasser.

Aber auch in Houston, der viertgrössten Stadt der USA, die rund 80 Kilometer landeinwärts liegt und in deren Umfeld 5,6 Millionen Menschen leben, richtete «Ike», der dort kurz vor Sonnenaufgang eingetroffen war, erhebliche Schäden an. Es wird berichtet, dass der Wind Dächer abgerissen und durch umgefallene Bäume Strassen unpassierbar gemacht habe. In vielen Wolkenkratzern der Stadt wurden Fenster herausgeblasen. Michael Chertoff, der Minister für Inlandsicherheit, sprach von Zehntausenden von überschwemmten Häusern in Texas und Louisiana. Gouverneur Perry nannte in einer ersten Schätzung einen Schaden von 100 Milliarden Dollar.

Nach Angaben der Behörden waren in Texas am Samstag rund drei Millionen Kunden ohne Strom; im benachbarten Louisiana kamen weitere 140 000 hinzu, zu denen sich weitere 60 000 gesellen, deren Stromversor-



gung seit Hurrikan «Gustav» noch nicht wieder hergestellt werden konnte. Abgesehen von einer Frau, die durch einen umstürzenden Baum zu Tode kam, gibt es bisher keine Angaben zu Todesopfern. Das liegt zum Teil daran, dass Such- und Rettungsoperationen erst im Laufe des Morgens nach dem Abzug des Sturmes beginnen konnten.

Im Laufe der Nacht waren bei den Behörden Tausende von Hilferufen von Küstenbewohnern eingegangen,

die sich geweigert hatten, den staatlichen Aufforderungen zur Evakuierung zu folgen. Mehr als 2,2 Millionen Personen hatten sich beizeiten in Sicherheit gebracht.

Der Hurrikan «Ike» ist mit grossen Massen an Regen inzwischen in Richtung der Gliedstaaten Arkansas und Oklahoma gezogen, bevor er in den nächsten Tagen den Mittleren Westen erreichen wird. Es wird aber damit gerechnet, dass die Auswirkungen von «Ike» überall in den USA zu spüren sein werden. Mehr als 20 Prozent der amerikanischen Raffinerie-Kapazitäten befinden sich im Südosten von Texas, von denen der grosse Teil vor dem Eintreffen von «Ike» stillgelegt worden war. Am Samstag war noch nicht abzusehen, ob und welcher Schaden an den Anlagen entstanden ist.

In einer kurzen Ansprache, in der er Bundeshilfe für die betroffenen Gebiete zusagte, kündigte Bush am Samstag an, seine Regierung wolle vorübergehend Umweltstandards aufheben, um Einfuhren von Öl und Treibstoffen zu ermöglichen, die sonst untersagt wären. Auf diese Weise sollen Versorgungsengpässe vermieden werden.